

Merseburger Correspondent.

Erscheint täglich

mit Ausnahme der Tage nach dem Sonn- und Feiertagen) früh 7 1/2 Uhr.
Telephonanzschluß Nr. 8.

Regelmäßige Beilagen:

Austrittes Sonntagsblatt, Mode und Heim,
Landwirtschaftliche und Handels-Zeitung.

Abonnementpreis

für das Quartal: 1 Mark bei Abholung,
1 Mark 20 Pf. durch den Herumträger,
1 Mark 25 Pf. durch die Post.

Nr. 60.

Sonnabend den 12. März.

1898.

Die Postdampfervorlage und die Agrarier.

Die Agrarier haben zwar dieses Mal der Erweiterung und Verlängerung der Postdampfer-Subvention ihre Zustimmung gegeben, aber sie haben die Gelegenheit benutzt, Vorkehrungen zu treffen, um die Postdampfer an der Einfuhr von landwirtschaftlichen Produkten in Konkurrenz mit der inländischen Landwirtschaft zu hindern. Es ist das wieder einmal ein Beweis dafür, daß die Agrarier Vorrechte verlangen, an die die Industrie nicht einmal denkt. Oder ist es schon einmal einem Industriezweige eingefallen, zu verlangen, daß die aus Reichsmitteln unterhaltenen Postdampfer weder japanische noch chinesische Artikel einführen dürfen, die ihm Konkurrenz machen? In der Kommission für die Vorlage aber wurde zunächst sogar die Aufnahme einer Bestimmung in das Gesetz verlangt, wonach die Reichsregierung bei dem Abschluß des Vertrags mit dem Norddeutschen Lloyd diesen verpflichten sollte, landwirtschaftliche Produkte, mit Ausnahme von Häuten, Fellen und Wolle, auf ihren Fahrten nach Europa weder nach deutschen, noch nach italienischen, belgischen oder holländischen Häfen zu verfrachten. Man erinnere an gewisse Klagen über den verstorbenen Herrn v. Steppan über die Vorteile der Gefrierkammern für Fleischtransporte, die angeblich eine große Deummöglichkeit in der deutschen Landwirtschaft erzeugt haben sollen, obgleich bekannt ist, daß der Lloyd die Verpflichtung, australisches Fleisch aus den subventionierten Linien nicht zu importieren, schon früher eingegangen ist und dieses Fleisch in Deutschland „fast unverkäuflich“ ist. Was an australischem Fleisch und Butter nach Deutschland gelangt (1896: Fleisch im Werte von 43000 Mk. und Butter im Werte von 1000 Mk.) wird nicht durch die Postdampfer eingeführt. Hat sich nicht auch zugegeben werden, daß zur Zeit der Landwirtschaft ein Nachteil nicht erwachte, da der Getreidetransport sich für den Schnelldampferverkehr von selbst verbietet; der Import von australischer Wolle aber unentbehrlich sei. Der Antrag würde aber, wie in der Kommission geltend gemacht wurde, auch die Einfuhr von Fleisch, Haaren, Borsten, Schafpelzen, Galläpfeln, Kampfer, Theer, Oelen und Hölzern, also landwirtschaftlicher Produkte ausschließen, die für unsere unmittelbaren Verbrauch oder für unsere Veredelungsverkehr unentbehrlich sind und überdies als Zahlungsmittel für unsere Export dienen. Auch den Tabak, der zu einem Teil zur Verarbeitung des inländischen unentbehrlich sei, könne man doch nicht ernstlich als Concurrenten der heimischen Produktion bezeichnen. „Vor Allem, wird in dem Bericht der Kommission ausgeführt, spreche gegen eine gesetzliche Festlegung auf so unpräzise formulierter Basis die lange Dauer des Vertrags mit den Unternehmern; binnen diesen 15 Jahren liefen nicht nur sämtliche Handelsverträge ab, sondern es könnten sich auch die wirtschaftlichen Conjunctionen so radical ändern, daß aus einer gesetzlichen Bindung die größten Unzulänglichkeiten zu befürchten seien. Einzelne Mitglieder der Kommission vermochten auch einem vorrätiger gestatteten Einfuhrverbot, keine sehr große Tragweite beizulegen, erklärten sich aber mit dem Grundgedanken einverstanden, daß eine vom Reiche subventionierte Dampferlinie der deutschen Landwirtschaft keinen Schaden bringen dürfte. ... War somit bei den Mitgliedern der Kommission der Weg der Resolution der einzig gebogene, so trat der Staatssecretär des Reichsamts des Innern, Graf Posadowsky für eine solche mit der ausdrücklichen Bemerkung ein, daß bei der Stellung, welche die verbündeten Regierungen den landwirtschaftlichen Interessen gegenüber einnehmen, es geradezu unbegreiflich wäre, wenn der Reichsfinanz eine Bevorschüßung dieser Interessen durch die subventionierte Linie in irgend einem wesentlichen Punkte zuliebe. Eine kurze Debatte knüpfte sich noch

an die Frage, ob jener, der heimischen Landwirtschaft schädliche Import nicht auch für die außerdeutschen europäischen Häfen auszuschließen sei. Die Majorität hielt solches betreffs Antwerpen's und Rotterdam's für nötig, dagegen wurde anerkannt, daß Genoa für den Güterimport nach Süddeutschland nicht in Betracht komme.“ Die in der Kommission mit 8 gegen 2 Stimmen beschlossene Resolution ergibt demnach folgenden Wortlaut: „Der Reichstag wolle beschließen, dem Herrn Reichskanzler zu ersuchen, mit dem Norddeutschen Lloyd eine Vereinbarung dahin zu treffen, daß der Reichskanzler die Befugnis erhält, landwirtschaftliche Produkte, welche mit denen der deutschen Landwirtschaft concurriren, mit Ausnahme von Tabak, Häuten, Fellen und Wolle, von der Einfuhr durch die subventionierten Dampfer nach deutschen, belgischen und holländischen Häfen auszuschließen.“

Politische Uebersicht.

Oesterreich-Ungarn. Der Kaiser von Oesterreich hat am Mittwoch dem Fürsten Ferdinand von Bulgarien, der seit einigen Tagen in Wien weilte, einen Besuch abgestattet. — Das Programm des Kabinetts Thun wird von tschechischen Blättern, die durch den neu in das Kabinet eingetretenen Jungtschechenführer Kaiser Jüßling mit der Regierung haben, folgendermaßen zusammengefaßt; zunächst werde das Kabinet den Ausgleich mit Ungarn aufleben und zu diesem Behufe energisch gegen etwaige Störungen bei der parlamentarischen Verhandlung der Ausgleichsvorlagen vorgehen. Graf Thun werde hierbei die Mittel anwenden, welche sich in der Form von der lex Falkenhayn unterscheiden, welche jedoch noch intensiver wirken werden als diese. Bezüglich der böhmischen Frage werde das Kabinet irgendwelchen modus vivendi anstreben. Das Ministerium habe den Willen, die von Budeni eingeleiteten Concessionen an die Tschechen durchzuführen und andererseits mit aller Strenge die Straßenspolizei zu bekämpfen. Die Hauptaufgabe Thuns werde die Hebung und Befestigung des dynamischen Gefühls und der dynamischen Treue sein. — Ueber die Stellung der Deutschen zum Kabinet Thun hat am Mittwoch der Vorstand der Deutschen Fortschrittspartei und der Deutschen Volkspartei in Wien verhandelt. Nach eingehender Beratung ergab sich die übereinstimmende Anschauung dahin, daß auch die von Cautsch erlassenen Sprachenverordnungen für Böhmen und Mähren für die Deutschen unannehmbar seien. Es sei fortgesetzt auf eine den Rechten der Deutschen entsprechende gesetzliche Regelung der Sprachenfrage mit allen Mitteln zu dringen. Gegenüber der gegenwärtigen Regierung erseheint, sowohl nach ihrer Zusammensetzung als auch nach der Parteien, auf die sie sich zu stützen beabsichtigt, das vollste Mißtrauen und entschiedene Gegnerschaft berechtigt. Daran könne auch der Umstand nichts ändern, daß ein Mitglied des verfassungstreuen Großgrundbesitzes in dieses Ministerium eingetreten ist; im Gegenteil erseheint diese Thatsache um so bedauerlicher, als durch die geänderte Stellungnahme des verfassungstreuen Großgrundbesitzes die bisherige Einigkeit der deutschen Parteien durchbrochen ist. Beide Parteien werden am 19. März zur Beschlußfassung über ihre endgültige Stellungnahme zusammenzutreten. Hierbei werden die Vorstände der Fortschrittspartei sowohl bezüglich der allgemeinen Haltung, wie auch bezüglich der schon in der ersten Sitzung einzubringenden Anträge machen und solche, betreffend die gesetzliche Erhebung einer Ministeranzahl wegen der Vorgänge in den letzten Sitzungen der vorigen Tagung im Abgeordnetenhause. Auch die Dönnauer des verfassungstreuen Großgrundbesitzes hielten eine Berathung ab, um zum Kabinet Thun Stellung zu

nehmen. Die Konferenz billigte den Eintritt Bärenreithers in das Kabinet, erklärte aber, durch diese Thatsache trete keine Veränderung in den bestehenden Beziehungen zu den gemäßigten verfassungstreuen Gruppen ein, vielmehr hege der verfassungstreue Großgrundbesitz den lebhaftesten Wunsch, den in der vorigen Session eingeleiteten Kontakt unverändert aufrecht zu halten.

Russland verlange von der Flotte die Erlaubnis zur Durchsicht zweier Kriegsschiffe durch die Dardanellen. Die beiden Schiffe sind zur Abholung der zur Zeit bei Kreta befindlichen Schiffe bestimmt. — In Russisch-Polen sind alle geplanten Theater-Aufführungen, Concerte und Festlichkeiten anlässlich der 100jährigen Geburtsfeier des polnischen Dichters Mickiewicz vollständig verboten worden. Die Polizei entfernte die Mickiewicz-Bilder und Büsten in allen Buch- und Kunsthandlungen, sowie Ausstellungen. Die Censur verbot allen polnischen Blättern einen Hinweis auf den Jubiläumstag. — Wie vorauszu sehen war, folgt jetzt Rußland, dessen Flotte bisher der deutschen Flotte nachstand, dem Beispiel Deutschlands in der Flottenvermehrung nach. Ein U-Boot vom 10. März an den Finanzminister bezieht demselben, aus den freien Verbleiben der Reichsrentei 90 Millionen Rubel für Schiffsbauten als außerordentliche Ausgaben in das Budget für 1899 einzustellen. Das Jahr 1897 hat einen Ueberschuß von 200 Millionen Rubel ergeben, von denen 106 Millionen zur Deckung außerordentlicher Ausgaben pro 1898-99 übernommen wurden. Aus den übrigen 94 Millionen wird die erwähnte außerordentliche Anweisung für Schiffsbauten von 90 Mill. Rubeln bestritten.

Frankreich. Das Correktions-Tribunal in Paris erklärte sich in der Angelegenheit des Verleumdungs-Prozesses der Schreierschwerfändigen gegen Zola für zu Tage. — Zola hat gegen die Entscheidung des Justizprocurators betreffend die Competenz-Erklärung in dem von den Schriftsachverständigen angestrebten Prozeß Berufung eingelegt. — Für den zweifelhafte Militärdienst sprach sich am Mittwoch in Paris eine Versammlung von etwa 200 Deputirten aller Parteien aus und nahm einen Beschluß an, in welchem die Regierung erucht wird, einen Gesetzentwurf auf der Grundlage dieses Prinzips vorzubereiten.

England. Im englischen Unterhause erklärte der Vertreter der Regierung auf eine Anfrage, daß seit dem Jahre 1885 über eine Million Pfund Sterling für die Befestigungswerke und Anstalten der auswärtigen Kolonisationen verwendet worden seien, zu welchem Betrag die indische sowie die Colonialregierungen einen beträchtlichen Theil beigetragen hätten. Zur Vervollständigung der Ausführung des Planes benötigte man noch 250 000 Pf.

Türkei. Das armenische Comité richtete wegen angeblich fortwährender Verfolgungen seitens der Türken einen Beschwerdebrief an die Völkervereinigung der Großmächte, um deren Intervention zu erbitten. — Die Völkervereinigung in Konstantinopel legte Bestimmungen bezüglich der Entschädigungen fest, welche den ausländischen Untertanen für die während der letzten armenischen Meutereien zugefügten Verluste gewährt werden sollen.

Griechenland. Das von der griechischen Kammer beschlossene Gesetz betreffend die Finanzkontrolle ist vom Könige sanktionirt worden.

Jordaneien. Ein amerikanisches Gesandter ist vor Hongkong erschienen. Auf spanischer Seite wird befürchtet, daß ein Angriff auf Manila, die Hauptstadt der Philippinen, geplant sei. Das Gesandter, das in zweimal vierundzwanzig Stunden vor Manila anfen kann, besteht, wie die karthäische „Corr. Alvaro“ meldet, aus drei Kreuzerschiffen mit je elf Kanonen neuerer

Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 10. März.) Im Reichstage wurde heute der Gesetzentwurf über die freiwillige Gerichtsbarkeit in 3. Lesung bis auf § 176 unverändert angenommen. Zu § 185 beantragten die Sozialdemokraten die Zugabe des Dolmetschers bei Aufnahmen rechtsverbindlicher Erklärungen, wenn ein Beteiligter nach der Uebersetzung des Richters oder des Notars der deutschen Sprache nicht mächtig ist. Für den Antrag sprachen Balle (Soz.) und Reich (Soz.). Der Reichstag hat den Antrag abgelehnt, doch in den letzten Jahren wiederholt die Kenntnis der deutschen Sprache verlangt worden ist. Kein Richter werde so gewissenlos sein, rechtsverbindliche Erklärungen anzunehmen, wenn der Betreffende der deutschen Sprache nicht mächtig ist. Gegen die Möglichkeit von Amtsmissbräuchen schütze das Recht der Beschwerde. Die Annahme des Antrags würde das Gesetz gefährden. Reich (Soz.) (Cent) gegen, Sachse (Soz.) für den Antrag. Balle (Soz.) behält. Der Dolmetscher von dem Parteien begehrt werde, sei eine Garantie gegen politische Demonstrationen gegeben. Der Gesetzentwurf über, Zugabe von Dolmetschern bei Beurkundung auf Antrag der Beteiligten wurde gegen Konervative, Nationalliberale, frei. Soz., Antisemiten und einige Mitglieder des Centrums angenommen. Die 2. Beratung des Postamtergesetzes wurde nach Aufschubungen der Abg. Graf zu Suro und Knapphausen, Frede, Wollenbut, Jochen, die auf Freitag verlegt. Außerdem Entschädigung unehelich Verurtheilter.

Abgeordnetenhaus. (Sitzung vom 10. März.) Im Abgeordnetenhaus wurde heute zunächst in dritter Beratung der Gesetzentwurf betreffend die Bewilligung von Staatsmitteln zur Befestigung der Hochwasser- schäden an dem verhängenen Jahre einstimmig angenommen. In der allgemeinen Beratung ergriß Niemand das Wort. Zu § 1 hatte der Abg. Lerch (Cent.) den Antrag gestellt, den in der zweiten Lesung beschlossenen Zusatz, daß die Summe von 5 Millionen im Bedarfsfalle auf 10 Millionen erhöht werden kann, wieder zu streichen. Dagegen wollte er durch eine Resolution an die Regierung das Geschieden richten, den über 5 Millionen hinaus notwendig werdenden Betrag aus bereitgestellten Staatsmitteln ohne Vorzug zu entnehmen. Der Antrag und der Resolution stimmte das Haus zu, nachdem sich der Minister Dr. v. Miquel damit einverstanden erklärt hatte. Dann ging das Haus über zur dritten Beratung der Novelle zum Anstaltengesetz. Der Abg. Wottig (Soz.) erklärte Namens seiner Parteifreunde, daß sie sich wiederum nicht an den Verhandlungen, wohl aber jetzt an der Abstimmung beteiligen würden. Der Abg. v. Standig (Soz.) vertheidigte den Geschäftsgang der Anstaltenscommission gegen die in der zweiten Lesung vom Abg. Nider erhobenen Angriffe und ließ dabei dem verstorbenen Herrn v. Liebenow besondere Anerkennung angedeihen. Abg. Gerlich (fr. con.) warf dem Abg. Jüdel vor, daß er allerdings einen deutschen Namen, aber kein deutsches Herz habe und hielt den Polen vor Augen, daß sie, wenn sie ein Bismarck hätten, den Reichstag nicht in der Substitution bekennen würden, um einen alten im Amte ergrauten Beamten, so gefällig anzusehen. Diese Aeußerung zog dem Redner einen Ordnungsruf zu. Er schloß mit der Erklärung, daß die Polen nicht bloß mit dem Feuer spielen, sondern sich eines heimtücklichen, schleichenden Offens bedienen. Abg. J. in Walle (Cent.) sah in der Vorlage einen Verstoß gegen die Verfassung. Abg. Sehn an Reichens (Centrum) erwiderte im Verlegung einer Statistik über die bisherige Wirksamkeit des Gesetzes. Minister Dr. v. Miquel bekämpfte unter Hinweis auf die gründliche Prüfung der Frage der Befestigungsmöglichkeit bei der früheren Vorlage die Bedenken des Abgeordneten J. in Walle. Auch das Budgetrecht des Landtages wird seiner Uebersetzung nach nicht beeinträchtigt, ebenso wenig wie das Budgetrecht des Reichstages durch die Anstaltensvorlage. Statistiker Schönbach betriß gleichfalls die Befestigungsmöglichkeit der Vorlage. Abg. Rath Sachse theilte mit, daß die Statistik eine bedeutende Ausdehnung des politischen Kleinvermögens ergeben habe. Abg. Jaedel (fr. Soz.) vertheidigte sich gegen die mehrfachen Angriffe, denen er ausgesetzt gewesen war. Nur durch ihre unglückliche Haltung hätten die Freiwililigen bewirkt, daß von der beabsichtigten Gründung eines politischen Verfassungsausschusses Abstand genommen worden sei. Abg. v. S. E. Reichens an und trat in der Frage der Befestigungsmöglichkeit den Ausführungen des Ministers bei. Abg. v. Pittkammer-Platz (Soz.) empfahl die Vorlage und sicherte der Regierung die Unterthänigkeit in Allem zu, was die Ausdehnung des Politvermögens verhindern könne. Abg. Frhr. v. Hedlitz (freison.) ludte die etats- und verfassungsmäßigen Bedenken des Centrums zu unterstützen. Er hatte auch gegen die Zustimmung katholischer Mitglieder nichts einzuwenden, vorausgesetzt, daß sie dem Deutschthum erhalten bleiben, und ersuchte in der Vorlage einen eminenten Kulturfortschritt. Die Ausführungen des Abg. Gerlich veranlaßten auch die Polen, aus ihrer Zurückhaltung herauszutreten. Der Abg. Wottig (Soz.) forderte ihn auf, seine Schlüsselworte zurückzunehmen. Auch der Abg. v. Garlinski (Soz.) wandte sich gegen Gerlichs Ausführungen. Nach kurzer weiterer Erwähnung wurde die Vorlage einstimmig angenommen, der Antrag des Abg. J. in Walle auf nochmalige Abstimmung nach drei Wochen abgelehnt. Nächster legte das Haus die Beratung des Kunst- etats beim Kapitel Prüfungskommissionen fort. Der nationalliberale Abg. Friedberg forderte richtige Ausführungsbestimmungen zum Oberlehrerinnenexamen. Wollten die Oberlehrerinnen mit den Männern in den oberen Klassen der Lehrerschulen in Wettbewerb treten, so müßten sie auch das höchste leisten. Der Abg. Dargatzberg (Cent.) behauptete die Gleichheit des Oberlehrerinnenexamens. Ein wichtiges Gehör könne diesen Anforderungen nicht genügen. In ähnlichem Sinne sprach sich der Abg. Schall und der Centrumsabgeordnete Dietrich aus, indem er den Geburtstag der Königin Luise dazu benutzte, diese auch bei dieser Gelegenheit als das nachsehenswerthe Ideal der Weiblichkeit hinzuzufügen. Der Ministerialdirector Schneider und die Abg. Betschamps (Soz.) und Pannemann (Soz.) traten der Befestigung entgegen, daß das Oberlehrerinnenexamen die Weiblichkeit über die Ausbildung befähige. Beim Kapitel Universitäten trat der nationalliberale Abg. Böttiger für den Unterricht in die Geschiedte der

Medizin ein und wünschte die Errichtung von Lehrstühlen dafür an allen Universitäten. Der Ministerialdirector Althoff erklärte die Wichtigkeit dieses Wissenszweiges an und erklärte, das die Unterrichtsverwaltung diesen Wunsch gern befreiben werde, wenn sie die geeigneten Personen dafür finde. — Freitag wird die Beratung fortgesetzt.

— In der Budgetcommission wurde am Donnerstag Vormittag die Beratung des Marine- etats nach unessenlichen Erörterungen beendet. Es wurde die Festsetzung einheitlicher Grundätze für die drei Oberverwaltungsdirectionen für die Examina der Constructionszeichner angesetzt.

— Die Plenarsitzungen des Reichstages sollen Sonnabend und Montag ausfallen. Vom Dienstag ab Marineetat und Militärhaushaltsreform.

Volkswirtschaftliches.

Die türkische Tabakregie-Gesellschaft befindet sich in großer Verlegenheit. Der Schmuggel greift, gestützt auf die große Ausdehnung des inländischen Tabakbaues immer mehr um sich und die Behörden sind zu schwach, um erfolgreich einzugreifen. Jetzt hoffen die Aktionäre der Gesellschaft auf eine Intervention des deutschen Volkshausers. Der Krebschaden liegt bei „D. Tabak-Zig.“ zufolge in der Freigabe des Tabakbaues. Diese vertritt sich nicht mit dem Wesen des Monopols und muß zu einem allmählichen Verfall der Gesellschaft führen. Entweder mußte sie an dem Erwerb des in unbegrenzter Menge produzierten Tabaks zu Grunde gehen, oder die Tabakproduzenten mußten die Regie dadurch schädigen, daß sie ihren Tabak hinter dem Rücken der Regie an die Consumenten veräußerten, wie dies jetzt in ganz ungewöhnlichem Umfange zu geschehen scheint, denn unter „Schmuggel“, worüber die Gesellschaft klagt, ist weniger der Grenzschmuggel als der heimliche Verkauf des in der Türkei selbst produzierten Tabaks gemeint.

Provinz und Umgegend.

Halle, 10. März. (Schwurgericht.) Der frühere Stellmacher, jetzige Bergarbeiter Gustav Friede aus Orenszen bei Mansfeld, 39 Jahre alt, verheirathet, Vater von 7 Kindern, mehrere Male wegen Gewaltthätigkeiten verurtheilt, hatte sich wegen Wildbenederei und schwerer Urkundenfälschung zu verurtheilt. Der Gang zum Wildern hatte den Genannten, der sonst als fleißig geschildert wird, auf die abschüssige Bahn gebracht, die ihn nun in's Zuchthaus brachte. Friede gestand zu, daß er auf Rehe geschwidert und solche nach Sangerhausen an Wildhändler verkauft hatte. Da diese den Kauf von der Beibringung sogenannter Wildscheine abhängig machte, so fertigte Friede solche fälschlicherweise an und darin lag die schwere Urkundenfälschung. Die Geschworenen billigten ihm die beantragten milderen Umstände nicht zu. Friede wurde zu 4 Jahren Zuchthaus und Nebenstrafen verurtheilt.

Halle, 10. März. Ein hiesiger Arbeiter hatte eine mehrmonatliche Gefängnißstrafe abzusitzen, da er aber lohnende Arbeit hatte, so verließ er auf den Gedanken, einen arbeitslosen Collegen mit seiner Stellvertretung zu betrauen. Dieser ging auf den Handel ein und „riß“ die paar Monate ab. Die Sache wäre auch wohl nicht herausgekommen, wenn nicht der Herr Stellvertreter in brieflicher Stimmung noch mit dem dem Gericht „gebrehten Kragen“ geprügelt hätte. Jetzt müssen Beide wegen Betrugs bzw. Anstiftung dazu dran glauben.

Raumburg, 10. März. (Schwurgericht.) Der Schuhmacher Albert aus Weißenfels, aus Vahren gebürtig, 7 mal wegen Gewaltthätigkeiten vorbestraft, ein rüder Bursche, hatte im Dezember v. J. in einer Gastwirtschaft zu Weißenfels mit einem Arbeiter Schuchardt angebandelt. Schuchardt konnte sich seinen Gegner nur dadurch vom Leibe halten, daß er ihn mit einer Bierflasche über den Kopf schlug. Darauf ergriß Albert sein Taschmesser und stieß es dem p. Schuchardt zweimal in den Leib. Da er die Theile verlegt worden waren, so trat alsbald Tod durch Verblutung ein. Albert erhielt 4 Jahre Gefängniß.

Raumburg, 8. März. Dem Landrath Frdr. von Dalwig zu Wittenfels in Hainfeld ist die commissarische Verwaltung des Landrathsamts im Kreise Raumburg a. S. übertragen worden.

Garbelegen, 10. März. Der „Reichsanzeiger“ meldet: Der unverheiratheten Hedwig Müller, Tochter des Galtwirts Rudolf Müller zu Debitzfelde im Kreise Garbelegen, ist die Rettungs-Medaille am Bande verliehen worden.

Quedlinburg, 10. März. Ein entsetzlicher Vorfall hat sich nach der S.-Zig. gestern im nahen Distrikt zugetragen. Der Landwirth Buchholz hatte sein geladenes Gewehr in der

Bahnstube stehen lassen. Der 8jährige Sohn ergriff es, um damit zu spielen. Als sein 6jähriges Schwesterchen die Stube betrat, legte er die Waffe in dem Glauben, daß sie nicht geladen sei, auf das Kind an und drückte los. Der Schuß trafe und im selben Augenblick sank die kleine Schwester zu Boden. Die Ladung war ihr in den Kopf gedrungen und der Tod trat binnen wenigen Minuten ein.

Mühlberg a. G., 10. März. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich in einem Schulzimmer der zweiten Mädchenklasse zu Hohenleipisch. Zwei im Alter von zwölf Jahren stehende Schülerinnen waren vor Beginn des Vormittags-Unterrichts mit dem Reinigen des Schulzimmers beschäftigt. Währenddessen war eine derselben an den Dien vor die Feuerungsstür gegetreten, um sich zu wärmen. Unbemerkte hatte ihr Kleid hier Feuer gefangen und in hellen Flammen stehend eilte das erschrockene Mädchen auf die Straße. Hier gelang es Vorübergehenden zwar, die Flammen bald zu löschen, indessen hat das bedauernswerthe Kind doch sehr schwere, anscheinend lebensgefährliche Brandwunden, namentlich an beiden Oberextremitäten und dem Rücken, davongetragen.

Hammersleben, 9. März. Ein Raub der Flammen wurde gestern hier der fälschliche Bohrturm; in den rauchenden Trümmern fand man die verkohlte Leiche des Wächters Piotta, der ein kräftiger, starker Mann war. Ueber die Entstehung des Brandes hat man nur Vermuthungen.

Gefurt, 10. März. Das leidige Spiel mit Schußwaffen hat hier schon wieder einmal ein Menschenleben in schwere Gefahr gebracht. Der bei dem hiesigen Reichsanwalt Zander beschäftigte 16jährige Schreiber Karl Kämmerer richtete heute scherzweise einen geladenen Revolver auf sich. Der Schuß ging los und traf kümmerer in den Kopf. Die Verletzung ist gefährlich.

Eisleben, 10. März. Infolge der fortschreitenden Fortführung der Wohnhäuser in dem Senkungsgebiete und der dadurch hervorgerufenen Wohnungsnoth hat sich ein Consortium, bestehend aus hiesigen Finanzleuten, gebildet, welches auf einem zu diesem Zweck erworbenen Komplex, welcher außerhalb des Senkungsgebietes liegt, einen neuen Stadttheil errichten will, dessen Häuser hauptsächlich Wohnungen im Preise von 200 bis 400 Mk. enthalten sollen. In den letzten Zeiten fanden fast täglich heftige Erörterungen statt. Eisenach, 10. März. Wie bestimmt verlautet, wird der Kaiser aus Anlaß des 80. Geburtstages des Großherzogs am 24. Juni dem 5. Thüring. Infanterie-Regiment Nr. 94 (Großherzog von Sachsen) Haarbüschel und Gardelilien verleihen.

Gotha, 10. März. Der Schnee liegt auf dem Anselberg 3 Meter hoch.

Aus dem Saalkreise, 9. März. Der Zimmermann Vorkelt aus Lohaus hatte das Anglied, vom dem Dache eines Neubaus auf den Kaminboden Brauntrohlenwerfen, „Rämmchen“ genannt, anzulegen und zu führen, so daß er sich schwere Verletzungen am Knie zuzog und sich in ärztliche Pflege begeben mußte. — In den getriggen Mittagsstunden entstand in dem Grundriß des Herrn Rosenburg in Böllnis Feuer; da dasselbe schnell bemerkt wurde und auch Hilfe alsbald zur Stelle war, konnte der Brand bald gelöscht werden, so daß erheblicher Schaden nicht entstand und die arrendierenden Spritzen aus den Nachbardsfern nicht in Thätigkeit gesetzt zu werden brauchten.

Wernigerode, 9. März. Der zweite Bürgermeister Lucas ist nach einem vom Regierungs-Präsidenten an die Stadtverordneten-Versammlung gerichteten Schreiben des ihm zur Last gelegten Vergehens gefänglich und stellt der Regierungs-Präsident deshalb der Stadtverordneten-Versammlung anheim, den Lucas anzufordern, sein Amt unter Verzichtleistung auf jedwede Pension freiwillig niederzulegen, da dann im Falle der Niederlegung das Weitere wegen Besetzung der Stelle veranlaßt werden könne.

Hale a. S., 9. März. Der Landrath des Aderslebener Kreises, Geh. Reg.-Rath Stielow in Quedlinburg, hat infolge der zahlreich an ihn gerichteten Bitten die Thaler Hüttenwerke gezwungen, sämtliche Schornsteine mit rauchverzehrenden Apparaten und die Gasregeneratoren mit Gasfängern zu versehen, so daß die Umgebung der Hütten nicht mehr vom Rauch befalligt wird und die Luft wieder rein und durchsichtig ist.

Rübeland, 9. März. Dem Juchh. ren Sorge hieselbst wurde, währenddem im Walde Holz aufgeladen werden sollte, von dessen mit dieser Arbeit beauftragtem Knecht Schade das eine Pferd im Werthe von 800 Mk. ausgepfanzt

Teu. S. 17, 1. 16. reizen. Stoff, umgarn. beviot, Singonal, iten. 24. aben-u. Cream zurück. 1877. Coralle. Pineenez. eine Beilage.



und gestohlen. Der Thäter nahm damit Keih- aus nach Ebingerde, Hasselbude zu, war aber unterwegs als schlechter Reiter von dem Thiere, das seinen heimischen Stall alsbald aufgesucht, abgeworfen worden. Mit einer bewundernswürdigen Geschwindigkeit folgte auch der Knecht dem Herde zu Fuß nach hier, entnahm sich, angeblich im Auftrage seines Brotherrn, bei Kaufmann Jacobi einen neuen Anzug und verduftete nebst einem dem Fuhrherrn vorher entwendeten Betrage von 100 Mark schnellstens. Die sofortige Verfolgung hat noch kein Ergebnis gebracht.

† Dresden, 9. März. Noch nicht dagewesen ist es, daß ein schon wiederholt vorbestrafter Angeklagter an der Schwelle einer mehrjährigen Freiheitsstrafe stehend, in beredten Worten für die Einführung der Prügelstrafe als Heilmittel für rückfällige Verbrecher eintritt. Der Genannte fuhr nach einleitenden Worten an die Richter des königl. Landgerichts mit erhabener Stimme und thranenden Augen fort: „Es möchte ein Strich durch das Gesetz gemacht und die Prügelstrafe eingeführt werden, weil sie wirksamer und nachhaltiger, wie lange Gefängnisse und Zuchthausstrafe ist. Ich fühle es, mich kann nur Prügelstrafe dauernd bessern, und weiß es — leider — aus Erfahrung, daß ein langer Aufenthalt in der Strafanstalt den Menschen gleichgültig macht, den Sinn für Besserung tötet und der fortgesetzte Verkehr mit schlechten Menschen an erblichem Willen, ein braver Mensch zu werden, zu Schanden macht.“ So äußerte sich der zwanzigjährige Maler Paul Reich, welcher vor einigen Tagen vom königlichen Landgericht zu zwei Jahren Gefängnis verurtheilt wurde, weil er zwei Wochen nach seiner Entlassung aus der Strafanstalt durch ein offenstehendes Fenster in eine fremde Wohnung eingekriegen war und Schmuckfachen im Werthe von 100 M. entwendet hatte.

Localnachrichten.

Merseburg, den 12. März 1898.

** Einlaßkarten zur Tribüne des Provinzial-Landtags können während der bevorstehenden Landtagssession in der Wohnung des Kastellans Koch im alten Ständehaus in Empfang genommen werden.

** Der Sternenhimmel gewährt uns in einer klaren Märznacht einen schönen und erheben- den Anblick. Das Sternbild der Jungfrau ist im Osten jetzt ganz emporgeliegen und fündet den Frühling. Im Süden steht das Sternbild des Krebses, im Norden das des Drachens und über diesem das der Waage. Der Thierkreis leuchtet sich bereits zum Horizont herab, und die Milchstraße hat sich fast bis zur Hälfte des westlichen Himmels emporgearbeitet. Die Tage sind bemerkbar länger geworden und am 21. März, dem Tage des Frühlings- anfangs, ist bekanntlich die erste Tag- und Nacht- gleiche — ein Zeitpunkt, welchen unsere alten heid- nischen Vorfahren (ebenso wie die zweite Tag- und Nachtgleiche im Herbst und den kürzesten und längsten Tag) immer mit Festlichkeiten begingen.

** Wechsel auf mehrere Personen. Die alte Streitfrage, ob ein auf mehrere Personen gezo- gener und von ihnen angenommener Wechsel recht- gültig sei, ist durch das Berliner Kammergericht wieder einmal zur Entscheidung gekommen. Im Allgemeinen pflegt ein solcher Wechsel als ungültig angesehen zu werden. Das Kammergericht zu Berlin hat dem entgegen den Wechsel für gültig erklärt. Die Ausdrucksweise der Wechselordnung, welche vom Bezogenen in der Einzahl spricht, schließe nicht aus, daß mehrere Bezogene vorhanden sein können und die Ertheilung eines Zahlungsauftrags an mehrere Personen sei denkbar. Leistet eine der mitbezogenen Personen Zahlung, so wird dadurch die andere von der Verbindlichkeit befreit. Bei Wechseln auf Ehe- leute empfiehlt sich das praktische Verfahren, eigene Wechsel zu wählen und den Mann als Anschießer, die Ehefrau als Acceptantin zeichnen zu lassen.

** Obstfreunde wird es interessieren, zu hören, daß Herr L. Kienagel in Magdeburg Versuche ange- stellt hat, bei Veredelungen seiner Spalier- bäume statt der sonst üblichen 10 Centimeter langen Edelreiser solche bis zu 1 1/2 Meter Länge zu ver- wenden und sind ihm diese Versuche, wie er in der letzten Nummer des praktischen Rathgebers im Obst- und Gartenbau berichtet, gut gelungen. Gerade jetzt, wo manche Obstfreunde beschäftigt sind, an ihren Spalieren Winterhäuten, Gartensträucher u. a. m. aus- zubehornen, dürfte es vielfach angebracht sein, zur Ausgleichung längerer Edelreiser zu verwenden, wes- halb wir auf den interessanten, auch mit Abbildung versehenen Aufsatz aufmerksam machen. Das Ver- fahren hat auch den Vortheil, daß sich aus den austreibenden Knospen meist Fruchtknospen ent- wickeln, sodaß man von solchen langen Reiser viel- fach schon im nächsten Jahre wird Früchte ernten können.

** Eine Abnahme der Kurzsichtigkeit wird neuerdings von vielen Augenärzten konstatiert, und diese Thatsache wird auf die bessere Beleuchtung der Schulräume zurückgeführt. Das spricht für den großen praktischen Nutzen der Schulhygiene.

** Dem Bericht aus der Landwirtschafts- kammer für die Provinz Sachsen über isatmäßig erzielte Getreidepreise entnehmen wir die folgen- den unsern Kreis betreffenden Notizen für den 10. März. Die Preise verstehen sich pro 100 Kilogr.: Kreis Merseburg. Weizen 17,30—19,20 M. Roggen 13,50—15,00 M. Gerste 17,50—20,00, Hafer 15,00—16,50 M.

** Telegramme sind Urkunden. Das Landgericht Ebersfeld hat den Hilfs- telegraphisten H. wegen Urkundenfälschung im Amte zu Strafe ver- urtheilt. Der Unterforscher L. wollte gern zwei Tage Urlaub haben und bat den Angeklagten, ihm eine falsche Depesche, laut deren sein Oheim ge- storben sei, in die Kasse zu senden. Dies geschah und L. erhielt Urlaub. Später kam der Sachver- halt heraus. H. legte Resignation ein. Das Reichs- gericht verurtheilt aber dieselbe. Es ging davon aus, daß die fälschliche Herstellung einer Depesche durch einen Telegraphenbeamten mit Rücksicht auf die dem Inhalt des Telegramms beifügten amtlichen Feststellungen über Anlauf- und Abgangezeit, die Unterschrift der betr. Beamten und das oerwendete Amtssiegel als Anfertigung einer falschen amtlichen Urkunde anzusehen sei.

** Herr Willy Straube's Musikinstitut veranfaßt seit einer Reihe von Jahren regelmäßig kurz vor Beendigung der Winterferien mit seinen Schülern musikalische Abendunterhal- tungen, die sich fortgesetzt einer zunehmenden Beliebtheit erfreuen. Auch am Donnerstag war der Saal der „Reichszone“ infolge der ergangenen Einladungen Straube's wieder dicht mit Zuhörern besetzt, die mit regem Interesse den Darbietungen der jungen Schüler und Schülerinnen folgten. Dieselben producirten sich auf dem Klavier in zwei, vier und achthändigen Recien, die mit großer Accuratee und guter Auffassung gespielt wurden, sowie in einer langen Reihe gesanglicher Vorträge, die mit äußerst lebhaftem Beifall belohnt wurden. Was die jungen Damen hier zu Gehör brachten, macht der Straube'schen Schule alle Ehre. Bescheidenes Auf- treten, decenter Gebrauch des Stimmmaterials, deutliche Tertiarstimm waren wohlthuende Mer- male; zu diesen Vorträgen gestellten sich namentlich bei den reiferen Schülerinnen seltener Wohlklang der Stimme und künstlerische Tonbildung, so daß die Zuhörer sich von den Vorträgen höchst sympathisch berührt fühlten. Somit hat auch dieser Abend seinen Zweck, das Straube'sche Institut zu empfehlen, wieder vollständig erreicht und wir können dem Künstlerpaar zu diesem Erfolge nur aufrichtig Glück wünschen!

** Bei der Unternehmung eingeführten amerikani- schen Obstes ist an verschiedenen Sendungen die San Jose-Schildlaus festgestellt worden. Unter diesen Umständen ist es möglich, daß dieser Schädling bereits früher in Deutschland eingeführt ist und sich auf heimischen Obstplantagen bereits eingenistet hat. Der Herr Landwirtschaftsminister hat deshalb angeordnet, daß zunächst sämtliche Handelsbaumschulen einer eingehenden Besichtigung nach demselben unterworfen werden sollen. In der Provinz Sachsen wird dies durch den Vorsteher der an der Landwirtschafts- kammer zu Halle eingerichteten Versuchsstation für Pflanzenschutz, Herr Dr. Holtzang, geschehen. Im Interesse aller Obstbaumbesitzer liegt es, ein wachsameres Auge auf ihre Obstbaumpflanzungen zu haben und von allen verdächtigen Erscheinungen dem genannten Herrn so schnell als möglich Mit- theilung zu machen, damit eine sich etwa ent- wickende Seuche der Obstbäume noch im Keime unterdrückt wird.

** Bei einem Krampfanfall glitt der Schuh- macher Ernst H. hier, welcher oft an derartigen Erscheinungen leidet, mit einem Messer, welches er in der Hand hielt, ab und brach sich eine sehr schwere Verletzung am linken Arm bei, indem die Sehnen durchschnitten wurden. Der Verwundete wurde der Halschirurgie zugeführt.

** Gestern Mittag wurde von dem hier stationirten Gendarmen Herrn H. ein etwa 30-jähriger fremder Streich arretirt, der den Beamten ohne jede Veranlassung auf offener Straße in gröblichster Weise beleidigt und sich seiner Festnahme thätlich widersetzt hatte. Der Transport nach der Polizei- wache verurteilte einen großen Menschenauflauf.

** Die Gestellungspflichtigen machten sich gestern in der ganzen Stadt auffallend bemerkbar. Eingend, meist aber standstillend zogen die jungen Leute truppweise in angebeirtem Zustande durch die Straßen, häuflern die ihnen begegnenden Dienst- und Kindermädchen und führten auch, wo sich die Gelegenheit dazu bot, tollere Streiche aus. Unsere Gremien beobachtete das Treiben der angehenden Rekruten mit bewundernswürdiger Geduld und griff

nur dann ein, wenn es unsere liebe, gebildete Stadt- jugend — denn diese war es — irgendwo gar zu arg trieb. Einige der Rabaukbrüter wurden im Handumdrehen den inneren Gemächern des Raths- hofes einverleibt und ihnen dort Gelegenheit gegeben, die aufgeregten Nerven zu beruhigen.

Aus den Kreisen Querfurt und Merseburg.

§ Krappendorf, 9. März. In vergangener Woche haben Diebe der bei Dorstjitz für Bahn- bauzwecke errichteten Schmiede einen nächtlichen Besuch abgestattet und aus derselben Schuppen, Welle, Jangen, Hadenstiele u. s. w. gestohlen. Leider ist es bis jetzt noch nicht gelungen, die Spisbahnen zu ermitteln.

§ Querfurt, 9. März. Gestern wurde von dem Arbeiter Stern hier im sogenannten Obersee ein Fuchs ausgegraben, der bereits vor wenigen Tagen sechs Junge gemoren hatte. Jedenfalls ist dies bei jetziger Jahreszeit eine Naturseeltenheit.

§ Freyburg a. d. U., 9. März. Die für das Jahnmuseum bestimmten Räume haben sich bei der Fülle der dort untergebrachten Gegenstände und Andenken an Zahn als zu klein erwiesen. Es be- steht deshalb der Plan, das Museum von der Turn- und Räumehalle zu trennen und die Sammlungen in einem event. Neubau, der seinen Platz in der Nähe der ersten oder des einstigen Wohnsitzes des Turnvaters finden soll, unterzubringen. Ein zu diesem Zwecke seitens des Ausschusses der deutschen Turnerschaft erlassener Aufruf um Beiträge hat schon jetzt einen erfreulichen Erfolg gehabt, da be- reits mehr als 2000 M. gezehnet sind.

i. M. d. U., 9. März. Unter Vorsitz des Herrn Amtsrückrichters Scheibemantel fand gestern auf dem Landgericht die alljährliche Verammlung der Waisenräthe des hiesigen Bezirks statt. Diese Zusammenkünfte, die Gelegenheit zur Aus- sprache und zur Aufklärung über manchen Punkt der Waisenpflege geben, entsprechen einem wirthlichen Ver- hältniß und werden von den Männern, die in dieser Sache zu arbeiten haben, mit Dank begrüßt. Neben den mancherlei Rechten und Pflichten des Waisenrathes, die in der obigen Sitzung zur Sprache kamen, wurde vor allem darauf hingewiesen, daß die Arbeit des Waisenrathes durch die Sauml- heit und Nachlässigkeit der Vormünder verhin- dert oder hinfällig gemacht wird. Jeder Vormund hat die Pflicht, die ihm bei der Befassung noch be- sonders eingeschärft wird, von dem Bewußtsein seines Müßels dem örtlichen Waisenrathes Mittheilung zu machen, der seinerseits dem Waisenrathes des Ortes, wohin das Müßel verlegen, Kenntniß von dem Anzuge zu geben hat. Nur auf diese Weise ist es möglich, einigermassen den Gefahren zu begegnen, die namentlich in größeren Städten die verwaiste Jugend, und die sich wegen mangelnder Anmeldung Niemand bestimmend, an Leib und Seele bedrohen.

Wetterwarte.

Vorausichtiges Wetter am 12. März. Ein wenig wärmeres, wechslend bewölkt Wetter ohne wesentliche Niederschläge.

Militärisches.

* Türkei. Eine Vermehrung der türkischen Kavallerie wird geplant. Die Projekte beziehen sich auf die Hamidie Kavallerie, die jetzt 561/2 Regimenter zählt, und die nach dem ursprünglichen Plane der Arme- Organisationscommission vom Jahre 1887 auf 100 Regimenter gebracht werden soll, für welche die Mannschaften und das Pferdmaterial bereits vorhanden sind. Gegenwärtig sind drei Regimenter in Bildung begriffen. Gleichzeitig soll der frühere Plan, jedem Regimente eine Linien-Halbescadron zur Instruction zuzufügen, erprobt werden und die ganze Linien-Kavallerie anatolisches und turdisches Pferdmaterial erhalten.

Neuere Nachrichten.

Madrid, 11. März. (S. T. B.) Die Ein- wohner von Pobladora haben sich in Folge der Zehnerung des Getreides empört. Zwischen der Volkmenge und den Gendarmen fand ein Zu- sammenstoß statt, wobei drei Gendarmen und zwei Reutere verunndet wurden.

London, 11. März. (S. T. B.) „Daily Mail“ meldet aus Washington: Es verlautet, daß Mc. Kinley in dem Congreß einen Antrag stellen wird, der Unabhängigkeit Cubas verlangt. — Dasselbe Blatt meldet, daß der Milado einen obersten Kriegsrath, bestehend aus den Corps- führern, einberufen hat. Es sollen 7 Divisionen mit 150 000 Mann auf Kriegszug gestellt werden.

Cairo, 11. März. (S. T. B.) Die Expe- dition nach dem Sudan ist abermals ver- schoben worden, da für den Augenblick keine Be- wegung der Denwische zu befürchten sei. — Hier herrscht sehr schlechtes Wetter. In Jerusalem ist Schnee gefallen und in ganz Syrien ist große Kälte eingetreten.

Merseburger Correspondent.

Erscheint täglich

mit Ausnahme der Tage nach dem Sonn- und Feiertagen) früh 7 1/2 Uhr.
Telephonanschlus Nr. 8.

Regelmäßige Beilagen:

Illustrirtes Sonntagsblatt, Mode und Heim,
Landwirtschaftliche und Handels-Zeitung.

Abonnementpreis

für das Quartal: 1 Mark bei Abholung,
1 Mark 20 Pf. durch den Heraultträger,
1 Mark 25 Pf. durch die Post.

Nr. 60.

Sonnabend den 12. März.

1898.

Die Postdampfervorlage und die Agrarier.

Die Agrarier haben zwar dieses Mal der Erweiterung und Verlängerung der Postdampfer-Subvention ihre Zustimmung gegeben, aber sie haben die Gelegenheit benutzt, Vorbehrungen zu treffen, um die Postdampfer an der Einfuhr von landwirtschaftlichen Produkten in Konkurrenz mit der inländischen Landwirtschaft zu hindern. Es ist das wieder einmal ein Beweis dafür, daß die Agrarier Vorrechte verlangen, an die Industrie nicht einmal denkt. Oder ist es schon einmal einem Industriezweige eingefallen, zu verlangen, daß die aus Reichsmitteln unterstüzten Postdampfer weder japanische noch chinesische Artikel einführen dürfen, die ihm Konkurrenz machen? In der Kommission für die Vorlage aber wurde zunächst sogar die Aufnahme einer Bestimmung in das Gesetz verlangt, wonach die Reichsregierung bei dem Abschluß des Vertrags mit dem Norddeutschen Lloyd diesen verpflichten sollte, landwirtschaftliche Produkte, mit Ausnahme von Häuten, Fellen und Wolle, auf ihren Fahrten nach Europa weder nach deutschen, noch nach italienischen, belgischen oder holländischen Häfen zu verschiffen. Man erinnerte an gewisse Klagen über die verstorbenen Herrn v. Stephan über die Vorteile der Gefrierkammern für Fleischtransporte, die angeblich eine große Deummischung in der deutschen Landwirtschaft erzeugt haben sollen, obgleich bekannt ist, daß der Lloyd die Verpflichtung, australisches Fleisch auf den subventionierten Linien nicht zu importieren, schon früher eingegangen ist und dieses Fleisch in Deutschland „fast unverkäuflich“ ist. Was an australischem Fleisch und Butter nach Deutschland gelangt (1896: Fleisch im Werte von 43000 Mk. und Butter im Werte von 1000 Mk.) wird nicht durch die Postdampfer eingeführt. Hat sich nicht durch die Postdampfer eingeführt, daß zur Zeit der Landwirtschaft ein Nachteil nicht erwachte, da der Getreidetransport sich für den Schnelldampferverkehr von selbst verbietet; der Import von australischer Wolle aber unentbehrlich sei. Der Antrag würde aber, wie in der Kommission geltend gemacht wurde, auch die Einfuhr von Fleisch, Haaren, Borsten, Schöpfeln, Galläpfeln, Kampfer, Theer, Oelen und Hölzern, also landwirtschaftlicher Produkte ausschließen, die für unseren unmittelbaren Verbrauch oder für unseren Veredelungsverkehr unentbehrlich sind und überdies als Zahlungsmittel für unseren Export dienen. Auch den Tabak, der zu einem Teil zur Verarbeitung des inländischen unentbehrlich sei, könne man doch nicht ernstlich als Concurrenzen der heimischen Produktion bezeichnen. „Vor Allem, wird in dem Bericht der Kommission ausgeführt, spreche gegen eine gesetzliche Festlegung auf so unpräzise formulirter Basis die lange Dauer des Vertrags mit den Unternehmern; binnen diesen 15 Jahren liefen nicht nur sämtliche Handelsverträge ab, sondern es könnten sich auch die wirtschaftlichen Conjunctionen so radical ändern, daß aus einer gesetzlichen Bindung die größten Unzulänglichkeiten zu befürchten seien. Einzelne Mitglieder der Kommission vermochten auch einem vorsichtiger gefaßten Einfuhrverbot, keine sehr große Tragweite beizulegen, erklärten sich aber mit dem Grundgedanken einverstanden, daß eine vom Reiche subventionirte Dampferlinie der deutschen Landwirtschaft keinen Schaden bringen dürfe. ... War somit bei den Absichten der Kommission der Weg der Resolution der einzig gegebene, so trat der Staatssecretär des Reichsamts des Innern, Graf Posadowsky für eine solche mit der ausdrücklichen Bemerkung ein, daß bei der Stellung, welche die verschiedenen Regierungen den landwirtschaftlichen Interessen gegenüber einnahmen, es geradezu unangelegentlich wäre, wenn der Reichskanzler eine Bewilligung dieser Interessen durch die subventionirte Linie in irgend einem wesentlichen Punkte zuließe. Eine kurze Debatte knüpfte sich noch

an die Frage, ob jener, der heimischen Landwirtschaft schädliche Import nicht auch für die ausländischen europäischen Häfen auszuschließen sei. Die Majorität hielt solches betreffs Antwerpen's und Rotterdam's für nöthig, dagegen wurde anerkannt, daß Genua für den Güterimport nach Süddeutschland nicht in Betracht komme.“ Die in der Kommission mit 8 gegen 2 Stimmen beschlossene Resolution ergibt demnach folgenden Wortlaut: „Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, mit dem Norddeutschen Lloyd eine Vereinbarung dahin zu treffen, daß der Reichskanzler die Befugnis erhält, landwirtschaftliche Produkte, welche mit denen der deutschen Landwirtschaft concurriren, mit Ausnahme von Tabak, Häuten, Fellen und Wolle, von der Einfuhr durch die subventionirten Dampfer nach deutschen, belgischen und holländischen Häfen auszuschließen.“

Politische Uebersicht.

Oesterreich-Ungarn. Der Kaiser von Oesterreich hat am Mittwoch dem Fürsten Ferdinand von Bulgarien, der seit einigen Tagen in Wien weilte, einen Besuch abgestattet. — Das Programm des Kabinet's Thun wird von tschechischen Blättern, die durch den neu in das Kabinett eingetretenen Jungtschechenführer Kajal Führung mit der Regierung haben, folgendermaßen zusammengefaßt; zunächst werde das Kabinett den Ausgleich mit Ungarn aufleben und zu diesem Behufe energisch gegen etwaige Störungen der parlamentarischen Verhandlung der Ausgleichsvorlagen vorgehen. Graf Thun werde hierbei die Mittel anwenden, welche sich in der Form von der lex Falkenhayn unterscheiden, welche jedoch noch intensiver wirken werden als diese. Bezüglich der böhmischen Frage werde das Kabinett irgendwelchen modus vivendi anstreben. Das Ministerium habe den Willen, die von Baden eingeleiteten Concessionen an die Tschechen durchzuführen und andererseits mit aller Strenge die Straßenspolitik zu bekämpfen. Die Hauptaufgabe Thuns werde die Hebung und Befestigung des dynastischen Gefühls und der dynastischen Treue sein. — Ueber die Stellung der Deutschen zum Kabinett Thun hat am Mittwoch der Vorstand der Deutschen Fortschrittspartei und der Deutschen Volkspartei eine Resolution angenommen, in welcher die Forderung ausgesprochen wird, daß die Regierung die in der Reichsverfassung enthaltenen Rechte der Deutschen zu wahren und zu vertheidigen bestrebt sei. — Die Reichsregierung hat am Mittwoch dem Reichskanzler Graf Posadowsky eine Resolution des Reichstages vorgelegt, die die Aufhebung der Subventionen für die Postdampferlinien in Aussicht nimmt. Die Resolution lautet: „Der Reichstag wolle beschließen, dem Reichskanzler zu ersuchen, die Subventionen für die Postdampferlinien zu beenden.“

nehmen. Die Konferenz billigte den Eintritt Bärnreithers in das Kabinett, erklärte aber, durch diese Thatsache trete keine Veränderung in den bestehenden Beziehungen zu den genehmigungsverbundenen deutschen Gruppen ein, vielmehr hege der verfassungstreue Großgrundbesitz den lebhaftesten Wunsch, den in der vorigen Session eingeleiteten Kontakt unverändert aufrecht zu halten.

Russland verlange von der Porte die Erlaubnis zur Durchfuhr zweier Kriegsschiffe durch die Dardanellen. Die beiden Schiffe sind zur Abholung der zur Zeit bei Kreta befindlichen Schiffe bestimmt. — In Russisch-Polen sind alle geplanten Theater-Aufführungen, Concerte und Festlichkeiten anlässlich der 100jährigen Geburts-tagsfeier des polnischen Dichters Mickiewicz vollständig verboten worden. Die Polizei entfernte die Mickiewicz-Bilder und -Büsten in allen Buch- und Kunsthandlungen, sowie Ausstellungen. Die Censur verbot allen polnischen Blättern einen Hinweis auf den Jubiläumstag. — Wie vorauszu-sehen war, folgt jetzt Russland, dessen Okzeanflotte bisher der deutschen Flotte nachstand, dem Beispiel Deutschlands in der Flottenverfesterung nach. Ein Uflas vom 10. März an den Finanzminister bezieht demselben, aus den freien Verbleiben der Reichsrentei 90 Millionen Rubel für Schiffsbauten als außerordentliche Ausgaben in das Budget für 1899 einzustellen. Das Jahr 1897 hat einen Ueberflus von 200 Millionen Rubel ergeben, von denen 106 Millionen zur Deckung außerordentlicher Ausgaben pro 1898-99 übernommen wurden. Aus den übrigen 94 Millionen wird die erwähnte außerordentliche Anweisung für Schiffsbauten von 90 Mill. Rubeln bestritten.

Frankreich. Das Correktions-Tribunal in Paris erklärte sich in der Angelegenheit des Verleumdungs-Prozesses der Schreierschwerfändigen gegen Zola für zuständig und vertagte die Verhandlung um 14 Tage. — Zola hat gegen die Entscheidung des Justizpolizeidirektors betreffend die Competenz-Erklärung in dem von den Schrift-Sachverständigen angestrenzten Prozeß Berufung eingelegt. — Für den zweifährigen Militärdienst sprach sich am Mittwoch in Paris eine Versammlung von etwa 200 Deputirten aller Parteien aus und nahm einen Beschluß an, in welchem die Regierung ersucht wird, einen Gesetzesentwurf auf der Grundlage dieses Prinzips vorzubereiten.

England. Im englischen Unterhause erklärte der Vertreter der Regierung auf eine Anfrage, daß seit dem Jahre 1885 über eine Million Pfund Sterling für die Befestigungswerke und Arrangirungen der auswärtigen Kohlenstationen verwendet worden seien, zu welchem Betrag die indische sowie die Colonialregierungen einen beträchtlichen Theil beigetragen hätten. Zur Vervollständigung der Ausführung des Planes benötigte man noch 250 000 Pf.

Türkei. Das armenische Comité richtete wegen angeblich fortdauernder Verfolgungen seitens der Türken einen Beschwerdebrief an die Völkervereinigung der Großmächte, um deren Intervention zu erbitten. — Die Völkervereinigung in Konstantinopel legte Bestimmungen bezüglich der Entschädigungen fest, welche den ausländischen Unterthanen für die während der letzten armenischen Verfolgungen zugefügten Verluste gewährt werden sollen.

Griechenland. Das von der griechischen Kammer beschlossene Gesetz betreffend die Finanzkontrolle ist vom Könige sanktionirt worden.

Jordaneien. Ein amerikanisches Geschwader ist vor Hongkong erschienen. Auf spanischer Seite wird befürchtet, daß ein Angriff auf Manila, die Hauptstadt der Philippinen, geplant sei. Das Geschwader, das in zweimal vierundzwanzig Stunden vor Manila anfernen kann, besteht, wie die karthaische „Corr. Alvaro“ meldet, aus drei Kreuzerschiffen mit je elf Kanonen neuerer

